

Wie solidarisch ist die Physik?

Würden wir Haltung zeigen, wenn andere Fachbereiche politisch unter Druck geraten?

Hannes Vogel

Am 6. September wurde in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Der Wahlkampf hat deutlich gemacht, dass es nicht länger selbstverständlich ist, dass auch zukünftige Landesregierungen die Wissenschaftsfreiheit schützen werden. Das Wissenschaftssystem muss sich dieser Situation jetzt stellen.

In ihrem Wahlprogramm setzt sich die AfD Sachsen-Anhalt zum Ziel, wissenschaftliche Disziplinen wie Gender Studies abzuschaffen und postkolonialen Perspektiven die Wissenschaftlichkeit abzusprechen. Dabei kündigt sie an, ihren „Einfluss als Landesregierung“ über die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen zu nutzen, um die Geisteswissenschaften nach ihren Vorstellungen zu verändern. Zur Bundestagswahl 2025 forderte die AfD eine „Entpolitisierung der Forschungslandschaft“ und nannte ausdrücklich Fraunhofer- und Max-Planck-Institute.

Bestehende Probleme im Wissenschaftssystem wie die hohe Drittmittelabhängigkeit und Befristungsquote oder die kommende Welle an Neubesetzungen aufgrund des demografischen Wandels werden Einfallstore für politische Einflussnahme. Denn zu den wichtigsten Hebeln gehören Geld und Personal.

Wie werden wir als Physik-Community reagieren, wenn der politische Druck zunimmt? Würden wir Haltung zeigen, wenn andere Wissenschaftler willkürlich entlassen werden? Wären wir bereit, Mittelkürzungen in Kauf zu nehmen? Mit wem wären wir solidarisch? Nur mit physiknahen Bereichen? Oder ist uns auch die Wissenschaftsfreiheit anderer Disziplinen wichtig? Wären Sie solidarisch, auch wenn es Sie etwas kostet – einen Teil des Budgets, ein Großgerät oder gar Ihre Stelle?

Nehmen wir Gender Studies: Schon unter den Nationalsozialisten gehörte die Sexualwissenschaft zu den Opfern der Gleichschaltung des Wissenschaftssystems. Magnus Hirschfelds Institut für Sexualwissenschaft wurde im Mai 1933 geplündert; Teile seiner Bibliothek wurden wenige Tage später bei einer Bücherverbrennung zerstört. Heute ist mit damals nicht gleichzusetzen. Aber die Geschichte warnt uns davor, die derzeitigen Angriffe als Problem der anderen Disziplinen abzutun. In ihrem Wahlprogramm spricht die AfD mit Blick auf Klima und Corona schon jetzt den Naturwissenschaften die Fähigkeit ab, „ideologiefreies Wissen“ zu erzeugen.



Hannes Vogel ist Mitglied im DPG-Vorstandsrat und selbstständiger Politikberater.

„Wären Sie solidarisch, auch wenn es Sie etwas kostet?“

Der Konflikt zwischen der US-Regierung und der Harvard University zeigt, wie schnell staatliche Forschungsförderung zum politischen Druckmittel werden kann. Harvard kann sich einem solchen Konflikt stellen, weil die Universität mit ihrem enormen Stiftungsvermögen über eine finanzielle Unabhängigkeit verfügt, die deutsche Hochschulen nicht besitzen. Ausgerechnet eine Stärke unseres Wissenschaftssystems – die umfassende öffentliche Finanzierung – kann es unter veränderten politischen Bedingungen verwundbar machen. Welche deutsche Universität hätte genug finanzielle Reserven für einen Machtkampf mit der eigenen Landesregierung?

Auf diese Fragen gibt es keine einfache Antwort. Die DPG hat 2024 öffentlich erklärt, dass Wissenschaft auf Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit angewiesen ist, und ihre Mitglieder dazu aufgerufen, „ein klares Signal für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft und eine freie Wissenschaft zu setzen“.¹⁾

Die DFG hat analysiert, welchen Angriffen das deutsche Wissenschaftssystem ausgesetzt ist und wie es einzelne Forschende, Disziplinen und Institutionen schützen kann. Eine der wichtigsten Empfehlungen ist, die Strategie „divide et impera“ durch Solidarität unter Forschungsgruppen und Fachdisziplinen zu durchkreuzen. Um Angriffe abzuwehren, bringt sie praktische, unbürokratische Unterstützung und eine „kollektive Beistandspflicht“ ins Spiel.²⁾

Als Physik-Community müssen wir unser Bekenntnis in handfeste Maßnahmen ummünzen: Einfallstore frühzeitig erkennen und beheben, zu politischen Angriffen öffentlich Stellung beziehen, Einzelpersonen und Forschungsgruppen gegen politischen Druck schützen und uns über Fächergrenzen hinweg solidarisieren. Ob die Physik wirklich solidarisch ist, zeigt sich erst, wenn wir dafür auch Kosten in Kauf nehmen.

Die unter der Rubrik „Meinung“ veröffentlichten Texte geben nicht in jedem Fall die Meinung der DPG wieder.

1) <https://wissenschaft-verbindet.de/presse/2024/wissenschaft-verbindet-offener-diskurs-und-internationale-zusammenarbeit-sind-unabdingbar>

2) Physik Journal, August/September 2026, S. 14